

Erklärung der Einbürgerungsbewerber zum Eintritt von Änderungen in den einbürgerungsrelevanten Tatsachen

Antragsteller/in

Familienname, Geburtsname, Vorname/n
Geburtsdatum, Geburtsort, Geburtsland
Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)

Ich gebe folgende Erklärung ab:

Seit der Antragstellung auf Einbürgerung am _____ und der letzten Änderungserklärung vom _____ haben sich hinsichtlich meiner für die Einbürgerung entscheidungserheblichen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse und bisher gemachten Angaben

folgende Änderungen ergeben (dann bitte jeweils „ ja“ ankreuzen und nachfolgend erläutern) bzw.

keine Änderungen ergeben (dann bitte jeweils „ nein“ ankreuzen)::

- | | | |
|---|-----------------------------|-------------------------------|
| Eheschließung | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Scheidung, Trennung vom Ehegatten, Lebenspartner | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Geburt von Kindern | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Änderung der Beschäftigung (z.B. Arbeitgeberwechsel, Kündigung, Teilzeit, Kurzarbeit, Elternzeit, Arbeitslosigkeit) | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Eintritt in den Ruhestand | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Adressenänderung, Wohnsitzwechsel (auch bei Zweitwohnsitz oder Wohnsitz im Ausland) | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Auslandsaufenthalt(e) länger als 6 Monate | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Sämtliche Verurteilungen in Deutschland und im Ausland | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Anhängige strafrechtliche Ermittlungsverfahren in Deutschland und im Ausland | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Bezug öffentlicher Sozialleistungen (SGB II oder SGB XII) oder entsprechende Anträge gestellt | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |

Erlöschen der Asylberechtigung oder Feststellung der Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 AuslG 1990 bzw. § 60 Abs. 1 AufenthG ja nein

bzw. Annahme eines Nationalpasses ja nein

Verfassungsfeindliche Betätigung ja nein

Erwerb einer weiteren Staatsangehörigkeit ja nein

sonstige Änderungen ja nein

Zur Erläuterung führe ich folgendes aus:

Ich versichere, jede Änderung dieser Angaben der Einbürgerungsbehörde unverzüglich, d. h. so schnell wie möglich nach Kenntniserlangung mitzuteilen und Nachweise darüber einzureichen.

Mir ist bekannt, dass eine Einbürgerung, die durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung oder durch vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt wurde, die wesentlich für die Entscheidung waren, gemäß § 35 StAG zurückgenommen werden kann.

Mir ist bekannt, dass ich gemäß § 42 StAG mit einer Freiheitsstrafe von bis zu **fünf Jahren oder mit einer Geldstrafe** bestraft werden kann, wenn ich unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung mache oder benutze, um für mich oder einen anderen eine Einbürgerung zu erschleichen.

Gemäß § 32, 53 BZRG (Bundeszentralregistergesetz) wurde ich darüber belehrt, dass die Einbürgerungsstelle ein Recht auf unbeschränkte Auskunft aus dem Zentralregister hat und deshalb sämtliche Verurteilungen unabhängig von der Strafhöhe angegeben werden müssen.

(Ort, Datum)

(Unterschrift Antragsteller/in)